

umgekehrt, die von Washington, London oder auch Den Haag geforderte Modernisierung der Kurzstreckenraketen vom Typ „Lance“ zu verhindern, um den neuen Kurs in der Sowjetunion nicht zu gefährden.

So sehr diese Vorgänge, auf den ersten Blick, einen gewissen Handlungsspielraum der deutschen Politik anzuzeigen scheinen, so sehr belegen sie bei genauem Hinsehen das Gegenteil: Angesichts der hohen, einseitigen sicherheitspolitischen Abhängigkeit der Bundesrepublik von ihren westlichen Verbündeten konnte es keine Alternative zur bedingungslosen Unterordnung der deutschen unter die westlichen Interessen geben. Für die DDR galt unter den Rahmenbedingungen des Kalten Krieges Vergleichbares, allerdings unter wesentlich ungünstigeren Bedingungen: Seit Gründung der DDR unterlag ihre Außenpolitik jenem Handlungsdruck, der seit dem Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei, also seit dem Sommer 1968, als „Breschnew-Doktrin“ firmierte und erst 21 Jahre später, im Sommer 1989, förmlich außer Kraft gesetzt wurde.

Daß sich die Lage der beiden deutschen Staaten in dieser Hinsicht ändern und sich ihnen ein Handlungsspielraum in der deutschen Frage eröffnen könnte, war nur unter der Voraussetzung denkbar, daß die internationalen Rahmenbedingungen ihrerseits einer grundlegenden Änderung unterworfen worden wären. Eine solche Änderung der internationalen Rahmenbedingungen war bis in den Herbst 1989 nicht vorstellbar, weil sie nicht weniger implizierte als den Zusammenbruch der Ordnung des Kalten Krieges; und diese Ordnung, die in der Deutschland teilenden Mauer ihren symbolträchtigen Ausdruck fand, war ja nichts anderes als die zu starrer Realität verdichtete Konsequenz Stalins und seiner Nachfolger aus der Katastrophe des Jahres 1941.

Der Auflösung dieser alten, also ihrer Ordnung hätten die führenden Männer der Sowjetunion nur unter der Voraussetzung zustimmen können, daß entweder die historische Erinnerung an den „Großen Vaterländischen Krieg“ verblaßt wäre; das aber mußte schon deshalb ausgeschlossen werden, weil diese Erinnerung konstitutiv für den Bestand der Sowjetunion gewesen ist. Oder aber, und das galt bis 1989 vollends als undenkbar, die Entwicklung entglitt ihrer Kontrolle. Die Revolution der Weltpolitik, die niemand vorhergesehen und vorhergesagt hat, bewirkte eben jenen Zusammenbruch der sowjetischen Kontrolle, besiegelte das Ende der alten Ordnung und eröffnete mit diesem fundamentalen Wandel der internationalen Rahmenbedingungen erstmals seit 40 Jahren der deutschen Politik einen unerwarteten Handlungsspielraum.

III. Die Gunst der Stunde

Daß sich jene Entwicklung aufs engste mit dem Namen Michail Gorbatschow verbindet, der seit März 1985 das Amt des Generalsekretärs der KPdSU innehatte, steht außer Frage. Fest steht allerdings auch, daß Gorbatschow ursprünglich nicht die Überwindung des kommunistischen Systems und der Partei im Auge hatte, sondern das gerade Gegenteil: ihre Reformierung, Stabi-

lisierung und damit Transformierung in eine erneuerte, nach innen und außen – und übrigens mit dem Westen – konkurrenzfähige, effiziente Organisation. Bekanntlich gewann dieser Prozeß alsbald eine unkontrollierte Eigendynamik, und die Reise, auf die Gorbatschow sich, sein Land und den gesamten von diesem kontrollierten Machtbereich geschickt hatte, endete gewissermaßen am falschen Ziel, in der Auflösung der Sowjetunion und damit zugleich in der Atomisierung ihres Imperiums. Am Ende stand der Kollaps jener Weltordnung, die eigentlich eine Pax Sovietica war: der Ordnung des Kalten Krieges. Das war die eigentliche Revolution der Weltpolitik, die den beiden deutschen Staaten einen bis dahin nicht gekannten Manövrierspielraum eröffnete.

Das galt in besonderem Maße für die Bundesrepublik. Die Regierung der DDR war mit Blick auf den schließlich eingeschlagenen Weg zur deutschen Einheit insoweit nur eingeschränkt handlungsfähig, als die Bevölkerung in ihrer überwältigenden Mehrheit die Richtung vorgab. Das galt für die großen Demonstrationen des Herbstes und Winters 1989/90; es galt für die Massenwanderungen Westen vor und nach dem Fall der Mauer; und es galt, wir haben es schon gehört, für das Ergebnis und die Folgen der Volkskammerwahl vom 18. März 1990.

Dieser Weg zur deutschen Einheit war nach dem 9. November 1989 in wichtigen Etappen ein Alleingang Bundeskanzler Helmut Kohls. Daß er am Ende erfolgreich war, wird heute im In- wie im Ausland durchweg als bedeutende politische Leistung gewertet, auch deshalb, weil anfänglich keineswegs absehbar sein konnte, ob und wann dieser Weg überhaupt zum Erfolg führen werde. Einmal ging der Bundeskanzler, als er am 28. November 1989 in der Haushaltsdebatte dieses Hauses sein mit niemandem abgesprochenes „Zehn-Punkte-Programm“ vorstellte, noch selbst davon aus, daß die Vollendung des europäischen Binnenmarktes eher kommen werde als die Vereinigung; nicht zufällig sprach er vorerst nur von „konföderativen Strukturen zwischen beiden Staaten in Deutschland“. Dann aber war keineswegs absehbar, wie die näheren und fernerer Nachbarn, und insbesondere die vier alliierten Sieger des Zweiten Weltkrieges, auf diesen Vorstoß reagieren würden. Mit Bedacht wies der Bundeskanzler deshalb in seinem Programm darauf hin, daß die Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen auch in Zukunft „in den gesamteuropäischen Prozeß“ eingebettet bleiben würde.

Insoweit war die Bundesrepublik auch in dieser für die Zukunft der deutschen Frage entscheidenden Situation nur eingeschränkt handlungsfähig. Abgesehen von den völkerrechtlichen Vorbehalten der Alliierten bezüglich Berlins und Deutschlands als Ganzem, unterlag sie jenen Beschränkungen, die sich aus ihrer Zugehörigkeit zu den internationalen Organisationen ergaben. Zugleich verschaffte diese Mitgliedschaft in Organisationen wie den Vereinten Nationen, der schon erwähnten KSZE, vor allem aber der NATO und der EG, der deutschen Politik jenen notwendigen Vertrauensvorschuß, der unabdingbar war, um aus der Initiative der „Zehn Punkte“ kurzfristig eine politische Strategie zu entwickeln und mit ihr jenes politische Ziel zu erreichen, das am Ende

des Jahres 1989 endgültig als „deutsche Einheit“ firmierte. Ob damit das Konzept Konrad Adenauers aufging, der mit der festen europäischen Integration der Bundesrepublik immer auch die Hoffnung verbunden hatte, daß auf diese Weise dereinst die Teilung Europas und damit Deutschlands überwunden werden könne, sei hier ebenfalls dahingestellt.

Fest steht, daß Kanzler Kohl wie alle seine Vorgänger im Amt um die herausragende Bedeutung Europas namentlich für das französische Sicherheitsinteresse wußte. Mit der Zustimmung zur vorzeitigen Einberufung einer Regierungskonferenz zur „Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion“ und der Initiative für eine zweite Konferenz zur „Europäischen Politischen Union“ wurde im Dezember 1989 und April 1990 der deutsche Handlungsspielraum genutzt, um die nicht unerheblichen französischen Bedenken zu beseitigen.

Im Falle Großbritanniens und der USA stand hingegen die NATO-Mitgliedschaft im Vordergrund. So wie die Dinge lagen, kam der amerikanischen Politik in dieser hochsensiblen Situation einmal mehr die ausschlaggebende Bedeutung zu. Nicht nur ließen, wie bekannt, Präsident George Bush und Außenminister James Baker niemals einen Zweifel daran, daß sie die Vereinigung Deutschlands befürworteten und unterstützten; vielmehr bestanden sie auch auf der NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland, was wiederum in London erkennbar beruhigte. Indem sich die deutsche Politik nach anfänglichem Zögern, was meistens übersehen wird, die amerikanische Position zueigen machte, nutzte sie auch hier ihren Handlungsspielraum.

Schließlich die Sowjetunion. Allen Beteiligten war bewußt, daß der Schlüssel zur deutschen Einheit nach wie vor in Moskau lag. So gesehen hatte sich an den internationalen Rahmenbedingungen seit einem halben Jahrhundert wenig geändert. Hier ist nicht zu entscheiden, ob Gorbatschow, der ähnlich wie Bundeskanzler Kohl zeitweilig im Alleingang operierte, noch über realisierbare Alternativen verfügte, als er in den beiden Begegnungen mit dem Kanzler vom Februar und Juli 1990 seine Vorbehalte gegen eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten und schließlich sogar gegen die NATO-Zugehörigkeit des vereinigten Deutschland aufgab und damit die traditionelle sowjetische Haltung in dieser Frage liquidierte.

Gewiß wird niemand Gorbatschows großes historisches Verdienst verkennen und übersehen wollen, daß die sowjetischen Panzer, anders als am 17. Juni 1953, in den kritischen Tagen des Oktobers und Novembers 1989 in den Kasernen blieben. Doch ist auch festzuhalten, daß die Sowjetunion spätestens im Winter 1989/90 nicht mehr in der Lage war, die Entwicklungen in Deutschland mit politischen Mitteln aufzuhalten oder gar zu steuern. Ich nehme an, daß Herr Oldenburg später auf dieses Thema eingehen wird. Das zitierte Wahlergebnis in der DDR vom 18. März und vor allem das Inkrafttreten der Währungsunion zum 1. Juli 1990 schränkten den Spielraum der sowjetischen Diplomatie weiter merklich ein.

Vor allem aber nutzte die deutsche Politik ihre Möglichkeiten, um Gorbatschow die Zustimmung zu erleichtern. Einmal drängte sie im Juli 1990, vor dem zweiten Treffen des Kanzlers mit dem Generalsekretär, sowohl auf dem Gipfeltreffen der Atlantischen Allianz in London als auch auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Houston die Verbündeten zu unmißverständlichen Signalen an die Adresse Moskaus; im einen Fall bestanden diese in der Erklärung, „niemals und unter keinen Umständen als erste Gewalt anwenden“ zu wollen, das ist ein Zitat aus der Londoner Erklärung des NATO-Gipfels; im anderen in der Zusage großzügiger wirtschaftlicher Unterstützung.

Dann aber sicherte die Bundesrepublik der wirtschaftlich am Boden liegenden Sowjetunion einseitig entsprechende Unterstützung zu, beginnend mit der Zusage einer Lebensmittelhilfe in Höhe von 220 Millionen D-Mark, über die Erstattung nicht mehr durchgeführter Sowjetexporte in die DDR oder die Bürgschaft für einen Fünf-Milliarden-Kredit bis hin zur Finanzierung des sowjetischen Truppenabzugs vom Territorium der ehemaligen DDR, für den Bonn über vier Jahre mehr als 12 Milliarden D-Mark zur Verfügung stellte.

Schließlich wurde am 9. November 1990, dem Jahrestag der Maueröffnung, am Rhein jener „Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit“ unterzeichnet, dessen Artikel 3, Absatz 3 die bemerkenswerte Formulierung enthält, die ich, wenn Sie erlauben, zitieren möchte – es bleibt erstaunlich, daß eine Bundesregierung einen solchen Vertrag, der sehr stark an andere deutsch-russische und deutsch-sowjetische Verträge seit dem 19. Jahrhundert erinnert, mit dieser Formulierung abgeschlossen hat: „Sollte eine der beiden Seiten zum Gegenstand eines Angriffs werden, so wird die andere Seite dem Angreifer keine militärische Hilfe oder sonstigen Beistand leisten und alle Maßnahmen ergreifen, um den Konflikt beizulegen.“

Die Zeit erlaubt es nicht, darauf einzugehen, wie dieser Vertrag in der Tradition des zuletzt von Bismarck abgeschlossenen deutsch-russischen Rückversicherungsvertrags von 1887 steht. Ich will nur folgendes bemerken: Daß sich die Sowjetunion während der Dämmerstunden des Kalten Krieges vom vereinigten und wieder souveränen Deutschland ausdrücklich zusichern ließ, im Falle eines künftigen Konflikts nicht auf der Seite des Gegners zu stehen, spricht für sich.

So kam in der Vereinigungsphase auf sowjetischer Seite, aber keineswegs nur dort, noch einmal jene tiefsitzende Angst vor Deutschland zum Vorschein, welche die 1941 gegründete „Anti-Hitler-Koalition“ fast ein halbes Jahrhundert lang zusammengehalten und zu dem Kompromiß gebracht hatte, die deutsche Frage nicht endgültig zu lösen, sondern ohne Friedensvertrag im Zustand der Teilung einzufrieren. Daß sich ohne den Ausfall eines ihrer Mitglieder an diesem Zustand auf absehbare Zeit etwas geändert hätte, muß als höchst unwahrscheinlich gelten. Mithin ist zu bilanzieren:

Erstens: Daß sich im Winter 1989/90 gänzlich unerwartet ein Handlungsspielraum in der deutschen Frage auftat, war das unmittelbare Resultat des Zusam-

menbruchs der Sowjetunion und ihres Imperiums, also einer revolutionären Umwälzung der internationalen Rahmenbedingungen, und nicht, wie es der Mythos sagt, in erster Linie das Ergebnis deutschen Wollens: So wichtig die „friedliche Revolution“ in der DDR als Signal für die Weltöffentlichkeit gewesen ist, so wenig hätten die Montagsdemonstrationen gegen die Armeen einer intakten Sowjetunion ausrichten können.

Zweitens: Im richtigen Augenblick erkannt zu haben, daß sich die Rahmenbedingungen der deutschen Einheit änderten, daß es deshalb, erstmals seit Ende des Zweiten Weltkrieges, so etwas wie einen deutschen Handlungsspielraum gab und daß dieser ebenso zügig wie umsichtig genutzt werden mußte, war die herausragende Leistung der deutschen Politik zwischen dem 9. November 1989 und dem 15. März 1991, dem Tag des Inkrafttretens des „Zwei-plus-Vier“-Vertrages.

Drittens und letztens: Ohne die feste Einbindung der Bundesrepublik Deutschland insbesondere in die westlichen Gemeinschaften, an deren Notwendigkeit es seit den Tagen Konrad Adenauers keinen Zweifel gab, und ohne die Bereitschaft, den Status quo im geteilten Deutschland als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges förmlich anzuerkennen, die mit dem Namen Willy Brandts verbunden bleibt, hätte sich wohl auch während des Zusammenbruchs der alten Weltordnung kaum ein Handlungsspielraum für die deutsche Politik eröffnet. So gesehen hatte die deutsche Außenpolitik der Jahre 1949 bis 1989 die Voraussetzung geschaffen, das Provisorium des Kalten Krieges in einen Akteur der neuen Weltordnung zu überführen. Ob die Deutschen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert bereit sind, die damit verbundene Verantwortung zu übernehmen, wird sich zeigen. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Herr Schöllgen, seien Sie auch von mir herzlich bedankt dafür, daß Sie angesichts unseres gedrängten Programms exakt in den Ihnen zugebilligten 30 Minuten geblieben sind. Ich werde jetzt eine erste Rederunde zulassen und Ihnen dann auch die Möglichkeit geben, auf die Fragen zu antworten, und dann werden die 45 Minuten auch vorbei sein, die wir zur Diskussion haben. Ich möchte in der Reihenfolge zunächst aufrufen Herrn Jacobsen, Herrn Hiller und Herrn Poppe, danach Herrn Hilsberg und Herrn Gutzeit sowie Bernd Faulenbach und Herrn Maser. Ich bitte, wegen der Zeit sich zu beschränken auf ein bis maximal zwei Fragen.

Sv. Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Lieber Herr Schöllgen, zunächst herzlichen Dank für Ihren vorzüglichen Überblick über die internationalen Rahmenbedingungen seit 1949. Wie von dem Herrn Vorsitzenden schon angedeutet, können wir darüber im einzelnen nicht diskutieren. Ich habe eigentlich nur zwei Punkte, wobei der erste wahrscheinlich unstrittig ist. Ich glaube, daß man bei den internationalen Rahmenbedingungen ohne den Aspekt „Wettkampf der Systeme“ manches nicht versteht. Aber „Wettkampf der Systeme“ im Schatten der Atomwaffen, hier also die große internationale Rivalität um